

Waltherstr. 16a, 80337 München

Gesundheitsladen

Rundbrief

Nummer 4/2007
27. Jahrgang

Berichte • Dokumentationen • Veranstaltungshinweise



**Allen unseren
FreundInnen und
UnterstützerInnen
wünschen wir
alles Gute
für 2008!**



Foto Peter Friemelt, gesehen in Griechenland, Peloponnes, Gythio

GESUNDHEITSLADEN
MÜNCHEN e.V.
INFORMATIONS-
UND
KOMMUNIKATIONS-
ZENTRUM

WALTHERSTR. 16 A
80337 MÜNCHEN

TELEFON
089 / 77 25 65
FAX 089 / 725 04 74

http:
[www.gesundheitsladen-
muenchen.de](http://www.gesundheitsladen-muenchen.de)
E-Mail: [mail@
gesundheitsladen-
muenchen.de](mailto:mail@gesundheitsladen-muenchen.de)

Infothek
Tel: 089/77 25 65
Mo - Fr 10 - 13 Uhr
Mo, Do 17 - 19 Uhr

**PatientInnenstelle
München**
Tel: 089/77 25 65
Mo 17 - 20 Uhr
Do, Fr 10 - 13 Uhr

**Patientenberatung
Oberbayern**
Tel: 089/18 91 37 22
Di, Mi, Fr 10-14 Uhr
Mi 15-19 Uhr

Spendenkonto:
Bank für Sozialwirtschaft
Blz: 700 205 00
Kontonummer
88 87 800

INHALT:
GL-Intern 2, 3
Gesundheitsförderung 4,5
UPD 6, 7
Stadtpolitik 8, 9
HPV-Impfung 10
Diverses und Termine 11
Veranstaltungsbericht 12
Verschiedenes 13
BAGP-Rundbrief 14
Rezensionen 13, 15

Impressum

Redaktionsschluß

Rundbrief 1 / 2008
10. Feb. 2008

Impressum:

Der Rundbrief
ist das Organ des
Gesundheitsladens.

Verantwortlich für Inhalt und Layout:

Petrit Beqiri,
Peter Friemelt,
Jürgen Kretschmer,
Waltraud Kröner,
Gunhild Preuß-Bayer,
Emmeram Raßhofer,
Adelheid Schulte-
Boholt, Carola Sraier

Namentlich gekenn-
zeichnete Artikel
liegen in der Ver-
antwortung des/der
jeweiligen AutorIn,
sie geben nicht
unbedingt die Mei-
nung der Redaktion
wieder.

Belichtung &

Druck:

Ulenspiegel Druck
GmbH, Andechs

Materialien

- **Rundbrief** ☐
erscheint ca. 4 mal im Jahr mit
Beiträgen aus der Vereinsar-
beit und aktuellen
Gesundheitsthemen.
Jahresabo incl. Porto 8,- €

Broschüren

3,- € + Porto/Verp. 1,- €

- **Patientenrechte/Ärztepflich-
ten** ☐
Allgemeine Patientenrechte,
Arzt-Patient-Verhältnis und hilf-
reiche Adressen.

- **Patientenrechte bei ärztli-
chen Honorarforderungen** ☐

4-seitige BAGP-Infoblätter

0,50 € + Porto/Verp. 1,- €

- **Zahnersatz 2005:**
**Befundorientierte Festzu-
schussregelung** ☐
- **Tipps für die Anwaltssuche
im Medizinrecht** ☐
- **Einsichtsrecht in Patientenun-
terlagen** ☐
- **Die ärztliche Aufklärung** ☐
- **Gesetzlich versichert -
privat bezahlen?** ☐

- **Satzung** ☐
- **Schnupperpaket** ☐
aktueller Rundbrief, Skript, Pa-
tienten-Rechte/Ärztepflichten,
Infos 8,- €

Bei Bestellungen unter 3,- € bitte
Betrag in Briefmarken beilegen!

**Alle genannten Materialien sind
für Mitglieder kostenlos.**

Angebote

Information

Gesammelt und wei-
tergegeben werden
Informationen über
Einrichtungen, Selbst-
hilfegruppen, Veran-
staltungen, Bücher
und Zeitschriften. Es
gibt eine Bibliothek
und das Archiv.

Kooperation

Wir arbeiten mit an-
deren Initiativen und
Facheinrichtungen
kommunal, regional
und bundesweit zusammen. Beson-
ders intensiv begleiten wir die Ar-
beit der Patientenfürsprecher/innen
in den städtischen Kliniken.

Arbeitskreise

Wir beschäftigen uns unter ande-
rem mit folgenden Themen:
Datenschutz im Gesundheitswesen,
medizinische Gutachten, autofrei-
es Wohnen, Hören und Schutz der
Ruhe.
Die Arbeitskreise sind für alle of-
fen.

Webseite

Auf dieser finden Sie aktuelle Pres-
seerklärungen und Terminhinwei-
se, den Rundbrief u.a. in digitaler
Form und links zu anderen Einrich-
tungen.

Wegweiser



Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit

Vorträge, Seminare, Infostände, He-
rausgabe unserer Zeitschrift, weite-
re Texte und Ausstellungen.

Die Patientenstelle München und die unabhängige Patien- tenberatung Oberbayern

sind aus Aktivitäten des Gesund-
heitsladens hervorgegangen. Sie
bieten unabhängige Beratung,
Information und Orientierung.
Der Schwerpunkt liegt auf der
psychosozialen Einzelhilfe.

Gesundheitsförderung

Im Stadtteil Isarvorstadt und stadt-
weit machen wir Angebote zur Ver-
besserung der Lebenssituation an.
Wir organisieren Veranstaltungen
zum »Tag gegen Lärm« und zu
„Wohnen ohne Auto“.

Beitritt

Name:

Adresse:

Monatsbeiträge: Mitgliedsbeiträge und Spenden sind steuerlich abzugsfähig.

3,- € für Nichtverdienende, 5,50 € für mittlere,
10,50 €, wenn möglich 21,- € für höhere Einkommen.

Ja, ich werde Mitglied und zahle folgenden Monatsbeitrag:

Das Geld kann vierteljährlich abgebucht werden:

BLZ: _____ Kontonummer: _____ Bank: _____

Unterschrift: _____

Datum: _____

mit freundlicher Unterstützung der



Landeshauptstadt
München
Referat für Gesundheit
und Umwelt





Liebe Mitglieder und FreundInnen,



Schon wieder ein Jahr um, wo bleibt die Zeit?

Ein ereignisreiches Jahr war es allemal, auf das wir zurückblicken.

Wir haben so viele Veranstaltungen gemacht wie noch nie, den krönenden und doch kritisch zu sehenden Abschluss bildete dabei die Gesundheitskonferenz zum Thema PatientInnenrechte und PatientInnenbeteiligung. Wir haben so viel öffentliche Aufmerksamkeit erhalten wie seit langem nicht mehr, was an der Medienresonanz abzulesen ist, Ärzteblatt, Süddeutsche Zeitung, Bayerischer Rundfunk. Und doch fragt mensch sich nach so einem ereignisreichen Jahr: War es das?

Klar, wir haben uns in unseren neuen Räumen eingelebt, nutzen den Platz zur Begegnung, für Arbeitstreffen und Diskussionen und doch merken wir, dass es oft nicht reicht. Die Reformen in den Sozialsystemen haben Verhältnisse geschaffen, die wir unmittelbar spüren. Menschen kommen zu uns, die von Hartz IV leben sollen und in der Stadt keinen Zahnarzt finden, der ihnen kostengünstigen Zahnersatz fertigt.

Immer mehr Ratsuchende kontaktieren uns mit dem Problem, in ihrem Arzt oder ihrer Ärztin keinen Ansprechpartner zu haben, wenn ihre Beschwerden nicht eindeutig somatisch zuzuordnen sind, wenn sie einfach mal reden wollen. Es scheint, die Mehrzahl der Praxen sind schon lange kein Ort des Gesprächs mehr.

Der Zeitgeist scheint es leicht zu machen, nicht mehr hinzusehen und hinzuhören, wenn es um Solidarität mit den Schwächeren geht. Es ist allemal angenehmer für die eigene Sache zu kämpfen, als sich den Sorgen von Menschen zu widmen, die durch sozialpolitische Reformen und gesellschaftliche Entwicklungen ausgegrenzt wurden. Auch wir sind da nicht frei von Fehlern.

Unabhängige Patientenberatung erlebt derzeit eine öffentliche Aufmerksamkeit, bei der wir stolz sagen können, wir gestalten ein neues Berufsbild mit. Und doch bleibt ein schaler Beigeschmack, wenn zur Diskussion steht, ob sich unabhängige Patientenberatung politisch positionieren darf. Einerseits spielen ethische Fragestellungen im Gesundheitswesen und damit auch der Patientenberatung eine immer größere Rolle, doch ein kritischer Umgang damit ist nicht selbstverständlich erwünscht.

Zum Rundbrief: Nicht umsonst haben wir ein so wenig weihnachtliches Titelbild gewählt, vielleicht regt dessen Morbidität ja auch zum Nachdenken an. Ein Symbol ist es allemal und symbolisch ist vieles in dieser Zeit.

Mit Zeiten der Aufmerksamkeit beginnen wir. Zuhören ist nicht nur unpopulär in Arztpraxen, Zeit und Aufmerksamkeit sind anscheinend rar in der postmodernen Multioptionsgesellschaft.

Ethische Fragestellungen ziehen sich auch wie ein roter Faden durch den Rundbrief. Der Bericht über den Film „Erblich belastet“ rückt die Ethik der Gendiagnostik in den Mittelpunkt, die Defizite in der Altenpflege sind mittlerweile so groß, dass es ethisch nicht mehr vertretbar wäre, nichts zu tun. Es wird die Sinnhaftigkeit der HPV-Impfung für junge Frauen kritisch beleuchtet und wir widmen uns Büchern, die viel mit Ethik und Monetik zu tun haben.

Wir wünschen allen LeserInnen eine besinnliche Zeit!

Euer Team des Gesundheitsladens

GL Mitarbeiter Petrit Beqiri gewinnt Elsbeth-Heise-Pflegepreis 2007 für ein Deutsch-Kosovarisches pflegewissenschaftliches Kooperationsprojekt

Zur Würdigung hervorragender innovativer Projekte in der Krankenpflege verleiht die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg den Elsbeth-Heise-Pflegepreis. Mit einer Preissumme von insgesamt 1.000 Euro werden Projekte zur Verbesserung der Pflegequalität nach dem am Universitätsklinikum geltendem Leitbild, sowie dem wissenschaftlich begründeten Stand der Pflegeforschung ausgezeichnet.

Im diesem Jahr hat ein Kooperationsprojekt „Krankenpflege in Südosteuropa in der Transition – Qualifizierung von Change Agents“ zwischen dem Universitätsklinikum Halle und dem University Clinical Center Prishtina (Kosovo) und dem halleschen Institut für Gesundheits- und Pflegewissenschaft den begehrten Preis gewonnen.

Ziel dieses Projektes ist ein Beitrag zur Qualitätsverbesserung und -sicherung im Universitätsklinikum in Prishtina durch interkulturelle Zusammenarbeit.

Petrit Beqiri, aus dem Kosova stammender Gesundheits- und Pflegewissenschaftler, übernahm in diesem Projekt eine wichtige inhaltliche und kulturelle Übersetzungsfunktion und beförderte somit den unmittelbaren Austausch zwischen den Teilnehmerinnen in den Seminaren und in der Praxis auf Station.

Achtung: Keine Sprechzeiten in den Weihnachtsferien!

Der Gesundheitsladen
macht Betriebsferien!

Deshalb sind **alle** unsere
Beratungs- und Servicestellen
vom 24.12.07 bis 4.1.08
geschlossen.





Das runde Auditorium lädt zu Vorträgen und Diskussionen ein

Die Herbsttagung der Evangelischen Akademie Tutzing vom 6.-8. September 2007 widmete sich den Zeiten, die „das Hören und das Zuhören fruchtbar, unterhaltsam und genussvoll machen“, - vorbereitet von der Zeitakademie des Tutzinger Projekts „Ökologie der Zeit“ (Prof. Dr. Karlheinz A. Geißler und Dr. Martin Held) zusammen mit dem Bayerischen Rundfunk (Marion Glück-Levi), der Stiftung Zuhören München (Ludowika Huber) und der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit München (Werner Karg).

Es beginnt mit Stehkafee. Das finden Sie, liebe Leser/-innen, vielleicht nicht spektakulär, aber gleich das erste Gespräch am Bistrotisch ist symptomatisch für die Tücken des Hörens und Zuhörens, für die subjektive Bedeutung, die einem gesprochenen Wort von Sprecher und Hörer zugewiesen wird, ein Phänomen, auf das wir im Verlauf der folgenden vier Tage immer wieder zurückkommen. „Ich freue mich schon auf den schönen Vortragssaal. Hier kann man die meisten Redner auch ohne Verstärker gut verstehen“, beginne ich das Gespräch und füge noch hinzu: „Hier im Vorraum ist es dagegen verdammt hallig“. „Ich war gerade diesen Sommer auf Amrum, es war wunderschön“, setzt eine Dame in der Runde die Unterhaltung fort. Nach kurzem Stutzen klickt es bei mir - das Wort „Hallig“ fiel in ihrem Erlebnishorizont in den Bedeutungszusammenhang „Insel“. Und schon sind wir beim schönsten Smalltalk, der zum gelungenen Einstieg in eine Tagung gehört.

Am Beginn der wissenschaftlichen Beiträge steht die Feststellung, dass viele Menschen Zuhören für etwas Passives und sich selbst für gute Zuhörer halten, dass es sich aber beim Zuhören dennoch um eine hochkomplexe Fähigkeit und Voraussetzung für gelingende Kommunikation handelt. Quod erat demonstrandum. In vier Workshops geht es an die Praxis: „Soundscapes sind Zeitlandschaften“ (PD Dr. Justin Winkler, Uni Basel), „Mit dem Hören spielen“ (Daniela Arnu, BR

München), „Zeiten der Aufmerksamkeit“ - Übungen zur Zeitkompetenz (Dr. Elmar Hatzelmann, Trainer, München), und „Versuche, die Zeit gerinnen zu lassen“ - Kommunikationstraining (Prof. Dr. Hartwig Eckert, Uni Flensburg).

Neben mentalen Herausforderungen wird auch für sinnliche Erfahrungen und Experimente gesorgt. Im Gespräch mit Autoren und Künstlern gibt es interessante Einblicke in die Hintergründe ihrer Produktionen. Barbara Malisch und Sylvie Sperlich, Sprecherinnen des Bayerischen Rundfunks, tragen sprechpausenfrei einen Tucholsky-Text so vor, dass sinnverstehendes Zuhören geradezu unmöglich ist, liefern jedoch denselben Text noch einmal in professioneller Qualität, in der hörendes Hineinversetzen fast von selbst geschieht. „Radiomenschen sind Überzeugungstäter. Sie versuchen Dinge zu produzieren, bei denen Zuhören sich lohnt“, erklärt Marion Glück-Levi.

Prof. Dr. Hartwig Eckert, Phonetik/Rhetorik, Englisch Seminar der Uni Flensburg, betrachtet Sprecherzeit und Hörerzeit in seinem Vortrag „Ich weiß schon, was du sagen willst“. Sein Fazit: Es gilt nie

eine Regel für alle Sprechanlässe. Der Hörer muss mitkonstruierend hören, aber dabei korrekturfähig bleiben. Der Sprecher muss hörorientiert entscheiden, wann Vorhersagbarkeit angemessen ist und wann kontraproduktiv. Im Workshop bringt Prof. Eckert mit viel Humor den Teilnehmenden die „richtigen Töne“ bei. Anhand spontaner Interviews, die gemeinsam in der Gruppe ausgewertet werden, macht er auf Details aufmerksam wie z.B. „Sprechlacher“, mit denen besonders Frauen ihre eigenen Beiträge oft abwerten. Körpersprache wird analysiert, aber ebenso ein Ausatmen reklamiert, - ein „pffff“ wie Entweichen der Luft aus einem geplatzten Fahrradschlauch -, das vom Gesprächspartner als Abwertung seines Beitrags oder seiner Frage interpretiert werden kann. Großen Wert legt der Workshop auf Kommunikationsformen, die er in England schätzen lernte, zum Beispiel die „phatische Kommunikation“, die in erster Linie der Kontaktaufnahme dient, sowie das kurze, stets positive Beantworten der Frage „Wie geht's?“.

Aus neuropsychologischer Sicht erläutert Prof. Dr. Rolf Ulrich, Uni Tübingen, in seinem Vortrag „Hören sehen denken handeln - alles gleichzeitig?“ das von ihm entwickelte „Flaschenhalsmodell“ der Aufmerksamkeitssteuerung beim Hören. In ihrem Beitrag „Vom Können und der Kunst der Aufmerksamkeit“ referiert Prof. Dr. Margarete Imhof, Uni



Workshop Prof. Dr. Hartwig Eckert



Frankfurt am Main, die psychologischen Kompetenzen des Zuhörens. Ihre Erkenntnisse setzt sie als Referentin gleich selbst in die Tat

um, indem sie ein Zusammenspiel von gut artikuliertem Vortrag und gezielter Präsentation bietet, bei dem Aufmerksamkeit sich ganz von selbst einstellt. Das Problem der selektiven Wahrnehmung beim Hören verdeutlicht Frau Prof. Imhof am Beispiel: „Hans geht zur Schule. Er hat Angst vor der Mathematikstunde und klagt über Bauchschmerzen.“ Diese Aussage über Hans erzeugt bei den meisten Zuhörern das Bild eines Schulkinds oder älteren Schülers. Hans ist aber in diesem Fall der Mathelehrer, der mit seiner Klasse nicht zurechtkommt.

„Kann man Hören lernen?“ lautet die Fragestellung, zu der Pädagogik-Professor Dr. Joachim Kahlert, Uni München, einen spannenden Rundblick über Hör-Projekte an Schulen und Akustische Gestaltung von Lernräumen anbietet. Beeindruckend dabei, mit welchem Engagement und Ideenreichtum die Projekte an den Schulen durchgeführt wurden. Lärm an Schulen - so Prof. Kahlert - liegt oft über der zumutbaren Grenze für Schüler und Lehrkräfte und stört nicht nur Konzentrations- und Leistungsfähigkeit, sondern auch deutlich das soziale Klima. In der Diskussion geht es unter anderem um die Testergebnisse nach erfolgter akustischer Umgestaltung. Untersuchungen des subjektiven Hörverständnisses zeigten deutliche Verbesserungen, während Untersuchungen des objektiven Hörverständnisses noch ausstehen. Ein guter Anfang ist gemacht, politisches Handeln dringend gefragt.

Was gibt es speziell als „Ohrenschmaus“? Mit dem Hörstück „bombus terrestris revisited No.5“ von und mit Hartmut Geerken aus Herrsching bekommen die Teilnehmer Höreindrücke aus einem Hummel-



Eckert, Malisch, Winkler, Held, Hatzelmann

nest, live aufgezeichnet und mit fünfspuriger Stimmimprovisation des Autors erweitert. Schmatzen, brummen, gurgeln, sirren, summen, dröhnen, flirren, pfeifen, klopfen, scharren, - eine ungeahnte Vielfalt von Tönen, Klängen und Geräuschen entpuppt sich bei geduldigem Zuhören. In der pianistisch untermalten Lesung „Vom Schweigen der Sirenen“ macht der Komponist Dr. Johannes Kemser das Experiment, einen an sich schon prägnanten Text, gelesen von Christopher Oberhuemer, musikalisch zu verstärken. Thomas Riedelsheimer steht Rede und Antwort nach der Vorführung seiner filmischen Klangreise „Touch the Sound“, einer einfühlsamen wie poetisch-künstlerischen Dokumentation der Persönlichkeit und musikalischen Improvisationsreise der Percussionistin Evelyn Glenn. Der Film, im Original mit einer herausragenden Soundbearbeitung ausgestattet und gleichermaßen sinnlich für Ohren und Augen, fand den Weg in die Kinos und wurde mit mehreren Preisen ausgezeichnet.

Den großen Bogen gesellschaftlicher Brisanz schlägt in gewohnter Weise Prof. Dr. Heiner Keupp, Sozialpsychologie Uni München, mit seinem Beitrag „Hinhören Weghören Zuhören“ - Bedingungen des Hörens in der Multioptionsgesellschaft“. In der „fluiden Gesellschaft“ haben wir es mit ständig wechselnden Anforderungen zu tun. „Man muss in Bewegung sein, das Netzwerk ist riesig, die Verpflichtungen sind viele, Erwartungen sind endlos, Optionen allüberall und die Zeit ist eine knappe Ware“ (Kenneth J. Gergen). – Prof. Keupp stellt die Frage nach der Notwendigkeit des Weghören: „Hören und Zuhören wird in einer Welt der medial verstär-

kten Vielstimmigkeit immer schwieriger. Wem höre ich eigentlich noch zu, wenn dieser polyphone Chor nur

noch zu einem Rauschen wird, in dem einzelnen Stimmen gar keine Aufmerksamkeit mehr geschenkt werden kann? Müssen wir nicht ständig auch weghören, wenn wir uns vor dieser Kakophonie schützen wollen? Wie aber finden wir dann überhaupt noch heraus, was für uns wichtig ist oder werden könnte?“ Den kulturellen Kodierungsprozess beschreibt Prof. Keupp in seiner Vielschichtigkeit. Identitätsfindung braucht Alterität. Erzähler brauchen Zuhörer. Wichtige Voraussetzungen für das Zusammenleben in dieser Gesellschaft sind Wertschätzung und Unterstützung in sozialer Kohärenz. Zukunftsorientiert wie der Vortrag, so die anschließende Diskussion.

Prof. Dr. Karlheinz A. Geißler, Universität der Bundeswehr München und Tutzing-Projekt „Ökologie der Zeit“, schließt den Reigen der Vorträge

mit dem kulturkritischen Beitrag „Zuhören im Zeitnotstand“, dramaturgisch geschickt unterbrochen von Dr. Walter Siegfried, der das Publikum im „Hörspaziergang“ zuletzt aus dem Saal heraus an verschiedene Orte des Schlosses und Gartens führt. Hier präsentiert er Lieder bekannter Dichter und Komponisten zur Playback-Begleitung aus dem Schallröhren-Rucksack.

In den abendlichen Salons wurden die anregenden Diskussionen beim Glas Wein vertieft oder man unterhielt sich locker und lernte sich kennen. Ob die Gespräche beim letzten gemeinsamen Mittagessen anders verliefen, sensibler, aufmerksamer als zu Beginn am Bistrotisch? Das ist nicht wissenschaftlich untersucht worden.

Text + Fotos: M. Löw, Sept. 2007

»Tag gegen Lärm« am 16. 4. 2008

Zum 10. Mal werden wir in München mit einem großen gemeinsamen Programm das Thema Hören und Schutz der Ruhe in seinen verschiedenen Facetten ansprechen. Wir freuen uns auf Sie als Kooperationspartner!



Prof. Dr. Karlheinz Geißler und Thomas Riedelsheimer



Saarländischer Gesundheitsminister Josef Hecken betont Bedeutung unabhängiger Patientenberatung

Plädoyer für dauerhafte Einrichtung bei UPD-Trägerkonferenz in Saarbrücken

Saarbrücken / Berlin, 5. November 2007 –

Pressemitteilung

Am vergangenen Montag versammelten sich Trägervertreter aller 22 Beratungsstellen der Unabhängigen Patientenberatung Deutschland – UPD in Saarbrücken zur ersten verbundweiten Trägerkonferenz seit dem offiziellen UPD-Start im Januar 2007.

Anlässlich dieses Treffens sprach sich der saarländische Gesundheitsminister Josef Hecken (CDU) für eine dauerhafte Einrichtung unabhängiger Patientenberatung in Deutschland aus: *„Da nicht jeder eine medizinische Grundausbildung durchlaufen hat, ist es notwendig, dass in der Beratungsstellenlandschaft eine Einrichtung vorgehalten wird, die neutral und unabhängig von Leistungsanbietern die Nutzerinnen und Nutzer über die Qualität und Effizienz der medizinischen Angebote auf-*

klärt“, so der Minister am Montag in Saarbrücken.

Mit Inkrafttreten des § 65b SGB V wurde die Basis zur Einrichtung eines Modellprojektes für die Belange der Patientinnen und Patienten geschaffen. Da die Spitzenverbände der Krankenkassen das bundesweite Modellprojekt UPD voraussichtlich nur bis zum Jahre 2010 fördern, ist es bereits jetzt notwendig, über die Entwicklungsziele der Beratungsstellen zu diskutieren. Insbesondere gelte es, eine dauerhafte Finanzierung der Einrichtung sicherzustellen, so der Minister weiter.

Die bundesweit 22 regionalen sowie mehrere überregionale Beratungsstellen befinden sich in unterschiedlichen Trägerschaften, die zum Teil auch in Kooperationen erfolgen. Zu den Trägern gehören zum Beispiel die jewei-

ligen Landesverbände der Verbraucherzentralen und des Sozialverbandes VdK Deutschland sowie Einrichtungen des Verbundes unabhängige Patientenberatung e.V., u.a. der Sozialverband Deutschland SoVD oder die Gesundheitsläden Köln, München, Bielefeld, Bremen u.a. Alle Träger und Kooperationspartner sind im Internet unter www.upd-online.de bei den Angaben zu den jeweiligen Beratungsstellen hinterlegt.

Bertram Lingnau, Referent für Information und Kommunikation Unabhängige Patientenberatung Deutschland – UPD gGmbH
Littenstraße 10 | 10179 Berlin
Tel. 030.200 89 23-43
Fax 030.200 89 23-50
bertram.lingnau@upd-online.de
www.upd-online.de

Unabhängige PatientInnenberatung, was ist das?

Das Bekenntnis des saarländischen Gesundheitsministers (übri-gens ein großer Freund der Kostenerstattung) zur Notwendigkeit der unabhängigen PatientInnenberatung könnte wie Öl runtergehen, doch ich behaupte, es ist derzeit in der Politik einfach nur opportun, dieses Angebot gut zu finden.

Skepsis ist angebracht, wenn plötzlich alle gut finden, was sie vor ein paar Jahren noch nicht mal kannten oder wenn sie es kannten, ablehnten.

Über zwei Jahrzehnte hinweg wurden Initiativen, die unabhängige PatientInnenberatung quasi ohne Infrastruktur und ohne Geld anbieten, nicht ernst genommen. Jetzt werden sie es, doch unter unklaren Vorstellungen.

Es bleiben Fragen wie: Was ist unabhängige PatientInnenberatung in der Vorstellung von Politiker-

Innen überhaupt? Geht es um die Information über Qualität und Effizienz der medizinischen Angebote, wie Minister Hecken behauptet? Nein, denn dazu sind die öffentlich zugänglichen Daten zu dürftig. Für diese Qualitätstransparenz müssen die Leistungserbringer durch patientenfreundliche Aufbereitung auch kritischer Daten erst mal sorgen. So werden Erwartungen in die Unabhängige PatientInnenberatung projiziert, die zu Enttäuschungen führen.

In der unabhängigen PatientInnenberatung geht es um Parteilichkeit mit den Ratsuchenden und ihren Anliegen und es geht um Kritik an Entwicklungssystem im Versorgungssystem. Ich wage eine Hypothese: Wie in allen Sozialsystemen hat es auch im Gesundheitswesen über Jahre hinweg massive Einschnitte zu Lasten der Versicherten ge-

geben, das Versorgungssystem wurde immer unübersichtlicher, das Handeln der Akteure ist für Versicherte bisweilen nicht nachvollziehbar. Genau hier soll die unabhängige PatientInnenberatung ansetzen. Sie soll Einschränkungen abfedern, erklären und vermitteln. Soll sie aber die Beratungs- und Informationsleistung von Kostenträgern wie Krankenkassen oder Leistungserbringern wie Ärzten übernehmen, weil diese womöglich aus Kostengründen nicht mehr umfassend informieren? Ich meine nein. Unabhängige PatientInnenberatung hat die Aufgabe, Ratsuchende über die Zusammenhänge im komplexen Versorgungssystem, über Eigeninteressen von Akteuren im Gesundheitswesen zu informieren und sie beim Durchsetzen ihrer Anliegen zu stärken.

Emmeram Raßhofer



35 Jahre Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe LAGH

Am 14.11.07 feierte die LAGH Selbsthilfe ihr Jubiläum.

Vorstandsvorsitzender Dr. J. Pettinger begrüßte die geladenen Gäste und Geschäftsführer R. Kirchner führte durch den Vormittag. Er gab dem Publikum einen kurzen Abriss zur Geschichte und zur Struktur der LAGH Selbsthilfe. Mitglied des Dachverbandes können nur landesweit tätige Selbsthilfeverbände- oder -Vereine sein, deren Leitung und Mitglieder selbst von Krankheit oder Behinderung betroffen sind bzw. dessen Angehörige.

Drei Verbandsmitglieder nahmen auf dem Podium Platz um darzustellen warum sie sich bei der LAGH Selbsthilfe engagieren. Dr. Nicosia Nieß (Hilfe für das autistische Kind, LV Bayern e.V.) be-

tonte die Stellung der LAG als wertvolle Austauschbörse für Interna und Strukturen. Franz Herrmann (Bayerischer Cochlear Implantat Verband e.V.) sagte, dass der Dachverband Netzwerkbasis ist und die politische Einflussnahme ermöglicht und unterstützt. Auch Karl-Heinz Möhrmann (Landesverband Bayern e.V. der Angehörigen psychisch Kranker) beschrieb die Wichtigkeit der LAGH Mitgliedschaft mit dem gegenseitigen Austausch und dem Verfolgen gemeinsamer Ziele, denn "Du alleine kannst es, aber du kannst es nicht allein".

Anschließend hatten Vertreter der Landespolitik, wie Renate Ackermann (Bündnis 90/ Die Grünen), Joachim Unterländer

(CSU) und Franz Maget (SPD) das Wort. Letztgenannter forderte die Mitglieder der LAG auf auch weiterhin „penetrant und lästig Einfluss auf die Politik zu nehmen“, da vor allem durch das Engagement der Betroffenen Veränderungen herbei geführt werden können.

Der abschließenden Diskussion stellten sich die o. g. Politiker und Ministerialdirigent Burkhard Rappl (StMAS). Hier kamen wiederholt Fragen zur Ausgestaltung des (europäischen) Gleichstellungsgesetzes und des Persönlichen Budgets zur Sprache.

Carola Sraier

35 Jahre Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe Bayern.

Die SELBSTHILFE betroffener chronisch kranker und behinderter Menschen – eine Kraft in Bayern!

Unabhängige Patientenberatung in Rosenheim

Seit September bieten wir auch in Rosenheim unsere Beratungsleistungen an. Das Angebot ist aufgrund der Kooperation mit der Diakonie Rosenheim möglich. Wir nutzen die Räumlichkeiten und die Infrastruktur der allgemeinen kirchlichen Sozialarbeit im Klepperpark. Die ersten Termine haben gezeigt, dass

der Beratungsbedarf vor Ort groß ist. Daher erweitern wir unsere Beratungszeiten von zwei auf drei Stunden im Monat.

Termine: Zweiter Montag im Monat, 14-17 Uhr.

Wo: Klepperstr. 18, Rosenheim
Tel: 08031 208 77 93 (erreichbar am Beratungstag)



Zwei neue überregionale Beratungsangebote

Patientenanfragen zum Thema „Allergie, Umwelt und Gesundheit“ werden im Verbund durch Kooperationspartner sichergestellt, die Erfahrungen in dem Bereich haben. Die Beratungsstelle für Allergie und Umweltmedizin Osnabrück „Kinderumwelt“ bietet telefonische Beratung für PatientInnen im Kinder- und Erwachsenenalter, Hintergrundinformationen für BeraterInnen und Stellungnahmen zu aktu-

ellen Themen. Arbeitsschwerpunkte stellen die Diagnostik, Therapie und Prävention von Erkrankungen des allergischen Formenkreises (Asthma, Neurodermitis, allergische Rhinitis) sowie Pseudoallergien und Umweltschadstoffe. Weitere Informationen finden Sie unter: www.allum.de

Die zweite Beratungskooperation besteht mit dem Krebsinformationsdienst (KID), der sowohl

für uns BeraterInnen, als auch für PatientInnen Informationen zur Verfügung stellt. Die krebbsbezogenen Antworten sind aktuell und wissenschaftlich fundiert, qualitätsgesichert, allgemein verständlich, fachkundig und individuell sowie kostenlos, anonym und bundesweit. Erreichbar ist der KID täglich von 8-20 Uhr über folgende Nummer: 0800 420 30 40.



**Unabhängige
Patientenberatung
Deutschland | UPD
Beratungsstelle
Oberbayern**



Gesundheitskonferenz 5.12.07

Thema eigentlich nicht Selbsthilfe für sich war.

Auch die abschließende Podiumsdiskussion startete mit Selbsthilfethemen, was sicherlich auch damit zusammenhing, dass Frau Kühn-Mengel nicht mehr teilnehmen konnte und ein Podium mit VertreterInnen der Selbsthilfe verblieb.

Der eloquente Diskussionsleiter **Werner Buchberger** (BR), der aktiv die Beteiligung und Meinung der anwesenden TeilnehmerInnen einholte, schaffte ganz zum Schluss doch noch den Bogen zur Patientenbeteiligung und Stärkung der Patientenrechte und setzte etwas provokant am Beispiel „Transparenz der Tätigkeiten der Patientenvertreter in den Ausschüssen und Gremien“ die überfällige, kurze Diskussion in Gange. Als kritische Begleiterin der „neuen“ Patientenvertretung stieß mir in diesem Zusammenhang die



Podium: Liane Harant-Hahn (SHG Endometriose), Christa Porer (Zöliakie SHG), Helga Jäniche (Rheumaliga, Patientenvertreterin), Jürgen Matzat (Dt. AG Selbsthilfegruppen)

Fazit:

Leider ist es in der Konferenz nicht gelungen, den spannenden Bogen von Selbsthilfe, PatientInnenunterstützung und der im Gesetz festgeschriebenen Patientenvertretung im Gemeinsamen Bundesausschuss und weiteren Gremien zu schlagen und eine kritisch konstruktive Auseinandersetzung anzuregen.

Eine Konferenz zu einem überwiegenden Teil am eigentlichen Thema vorbei. Schade!

Adelheid Schulte-Bocholt



Klaus Hehl, Gesundheitsbeirat, Gesamtmoderation

Position einer Patientenvertreterin auf, die wie selbstverständlich die verordnete Politik der Verschwiegenheit in den Gremien übernommen hat und verteidigt. Hier gibt es meines Erachtens noch viel zu tun!



Werner Buchberger, BR

Rathaus-Bündnis fordert Verschärfung der Kontrolle ambulanter Pflege

Über die bekannt gewordenen Mängel bei einzelnen Anbietern in der ambulanten Pflege sind die Fraktionen von Rathaus-SPD und Bündnis 90 / Die Grünen - rosa liste zutiefst schockiert. „Wir haben schon länger befürchtet, dass mangelnde Kontrolle der ambulanten Pflege zu Lasten der zu pflegenden Menschen geht.“, so die sozialpolitischen Sprecher des Rathaus-Bündnisses, Brigitte Meier (Rathaus-SPD) und Siegfried Benker (Grüne). Das Beispiel der Pflegeheime zeige, dass erst massiver öffentlicher Druck und intensive Kontrollen zu Veränderungen führe.

Die Vertreterinnen und Vertreter des Rathaus-Bündnisses fordern deshalb vom Medizinischen Dienst der Krankenversicherung (MDK) deutlich mehr unangekündigte wie angekündigte Kontrollen. Eventuell könne es auch sein, dass die Kommune eine Rolle bei der Kontrolle ambulanter Pflege übernehmen müsse. Dem MDK müssten dafür aber auch im Heimgesetz mit klaren Standards für ambulante Pflegeformen mit stationärem Charakter wirksame Instrumente an die Hand gegeben werden, so Meier und Benker weiter. Die Familien und Freunde fordern sie auf, sich an die zuständigen Beschwerdestellen im Rathaus oder den Sozialbürgerhäusern zu wenden, sollten ihnen Missstände bei der Pflege ihrer Angehörigen auffallen.



Mit Kanonen auf Spatzen schießen? Die Ungereimtheiten der HPV-Impfung

Pressemitteilung
des
Dachverbandes
der Frauengesund-
heitszentren

Der Bundesverband der Frauengesundheitszentren und zahlreiche (Frauen)Gesundheitsorganisationen sind alarmiert. Vor einem Jahr wurde der Impfstoff Gardasil® zugelassen - beworben als „Impfung gegen Krebs“. Diese pauschalisierte Aussage ist irreführend und entspricht so nicht der Wahrheit, denn es gibt keine Impfung gegen Krebs. Richtig ist: Die Impfung wirkt präventiv gegen die Humanen Papilloma Viren (HPV) 6, 11, 16 und 18. Von diesen sind die Virustypen 16 und 18 nach heutigem Wissen für ca. 70 Prozent aller Gebärmutterhalskrebskrankungen mitverantwortlich. Es gibt mindestens elf weitere HPV-Typen, die ebenfalls an der Entstehung dieses Krebses beteiligt sein können. Die Impfung bietet demzufolge keinen Schutz vor Gebärmutterhalskrebs insgesamt. Zu befürchten ist, dass aufgrund dessen die Krebsfrüherkennungsuntersuchung, die weiterhin wichtig ist, weniger in Anspruch genommen wird. Auch besteht die Gefahr, dass die Benutzung von Kondomen zurückgeht, die einen großen Schutz vor sexuell übertragbaren Infektionen bieten.

Doch damit nicht genug. Auch die Deutung der Zahlen und die Verbindung zwischen HPV-Infektionen und Gebärmutterhalskrebs, mit denen die Impfung verkauft wird, werden nicht differenziert genug und damit nicht korrekt dargestellt. Es wird von der „zweithäufigsten Krebserkrankung junger Frauen (15 - 44 Jahre) gesprochen – was stimmt – doch verschwiegen wird, dass in dieser Altersgruppe Krebserkrankungen insgesamt höchst selten sind und von Gebärmutterhalskrebs eher ältere Frauen ab 60 Jahren betroffen sind.

Die ImpfbefürworterInnen möchten

alle Mädchen ab dem 13. Lebensjahr impfen. Man könnte meinen, dass es sich bei Gebärmutterhalskrebs um eine sehr häufige Erkrankung handelt. Dem ist aber nicht so. Nur 3,16 % aller Krebsneuerkrankungen und 1,8 % aller Krebstodesfälle von Frauen in Deutschland gehen auf ihn zurück. Und diese wären auch ohne Impfung größtenteils vermeidbar gewesen. Zwar ist die Infektion mit HP-Viren häufig. Circa 80 % der Menschen haben sie im Laufe ihres Lebens - meist ohne sie zu bemerken, denn das Immunsystem macht sie unschädlich. 10% dieser Infektionen bleiben bestehen und können Zellveränderungen hervorrufen. Nur ca. 1 bis 3% entwickeln sich über einen Zeitraum von 12 bis 15 Jahren zu einem Gebärmutterhalskrebs. Die Zellveränderungen (Dysplasien) sind bei der so genannten Krebsvorsorge mit dem Pap-Test meist gut zu erkennen und zu behandeln. Oft heilen sie von selbst aus.

Einen möglichen Schutz vor Gebärmutterhalskrebs bietet die Impfung also nur einem kleinen Anteil betroffener junger Frauen. Belege, dass durch die Impfung die Rate an Gebärmutterhalskrebs wirklich gesenkt wird, gibt es bisher nicht. Wie auch? Die zu Grunde liegenden Studien laufen erst seit fünf Jahren. Und so schnell entwickelt sich kein Krebs am Gebärmutterhals. Ob die Impfwirkung fünf Jahre oder länger anhält, weiß heute niemand.

Unklar ist auch, ob - wie bei Mäusern - andere HPV-Typen, die dann schwieriger zu behandeln sind, die Stelle der HPV 16 und 18 besetzen werden.

Würden sich alle Mädchen und junge Frauen zwischen 12 und 17 Jahren, wie von der Ständigen

Impfkommission (STIKO) empfohlen, nun impfen lassen, würde das im ersten Jahr über eine Milliarde Euro an Kosten für das deutsche Gesundheitssystem bedeuten. In jedem weiteren Jahr kämen ca. 200 Millionen dazu, wenn die jeweils zwölfjährigen Mädchen dann zur Impfung gingen. Zudem werden bereits jetzt Frauen, die älter als 17 Jahre sind, geimpft, ohne vorherigen Test darauf, ob sie bereits Kontakt mit HP-Viren hatten. Dies verursacht weitere Kosten. Der Nachweis eines Nutzens steht aus. Viele Milliarden Euro werden so investiert und fehlen an anderer Stelle. Es stellt sich die Frage, warum die Krankenkassen dies mitmachen.

Mehr Zeit und größere Sorgfalt für die Bewertung der neuen Impfung sowie Verhandlungen zur Preisreduktion (Deutschland: 465 €, USA 280 €) wären dringend von Nöten gewesen. Die aggressive Propagierung einer Impfung, deren Nutzen überschätzt wird und deren Kosten immens sind, ist fragwürdig. Panikmache und Indoktrination, wie zurzeit betrieben, sind sicherlich keine guten Ratgeber. Wir fordern umfassende und unabhängige Informationen zur HPV-Impfung, eine Überprüfung der Zulassung und eine Verringerung der Kosten - im Interesse der Mädchen und Frauen.

Veranstaltungshinweis „Impfung gegen Gebärmutterhalskrebs?“

Die Krankenkassen übernehmen die Kosten für eine Impfung gegen HPV Typ 6, 11, 16 und 18 bei Mädchen zwischen 12 und 17 Jahren. Sie erfahren in der Veranstaltung aus unabhängiger Quelle Wichtiges zur Entscheidungsfindung für oder gegen die Impfung.

Termin: 12.06.08, 19 Uhr im GL

Hinweis:

Zum Thema HPV-Impfung planen wir im neuen Jahr eine Infoveranstaltung in Kooperation mit dem Frauengesundheitszentrum. Termin ist der 12.06.2008 um 19.00 Uhr im Gesundheitsladen



Warnung vor dem Allgemeinen Patientenverband (APV)

Die Verbraucherzentrale Hamburg warnt Verbraucher und Patienten vor dem Beitritt zum »Allgemeinen Patientenverband« (APV) mit Sitz in Marburg. Mitglieder des Vereins haben sich bei der Verbraucherzentrale und anderen Beratungsstellen darüber beschwert, der APV löse sein Versprechen, bei Behandlungsfehlern Hilfe zu leisten, nicht ein. Nach Kündigung komme man zwei Jahre lang nicht aus dem Verein heraus und müsse weiter monatlich hohe Mitgliedsbeiträge bezahlen.

Der Präsident des APV, Christian Zimmermann, wurde jetzt wegen Beleidigung eines Rechtsanwalts zu einer zweimonatigen Freiheitsstrafe und 1.500 Euro Schmerzensgeld verurteilt (Urteil des Amtsgerichts Marburg vom 6. August 2007, Aktenzeichen 56 Ds 1 Js 9804/04, nicht rechtskräftig). Der Rechtsanwalt hatte ein Vereinsmitglied gegen den Verein vertreten.

Die Satzung des APV gibt den Mitgliedern keinen verbindlichen Anspruch auf Hilfe, verlangt als Mindestbeitrag ein Prozent des Nettoeinkommens, zwingt zum Bankeinzug, bindet auf zwei Jahre und sieht keine Mitwirkung in einer Mitgliederversammlung vor.

Die Verbraucherzentrale Hamburg sammelt Erfahrungen von Mitgliedern des APV und bietet ihre Unterstützung an. Betroffene können sich wenden an patientenschutz@vzh.de oder Brief an Verbraucherzentrale Hamburg, Kirchenallee 22, 20099 Hamburg. Ratsuchende können sich auch an die Verbraucherzentrale Hessen wenden: vzh@verbraucher.de oder Gr. Friedberger Str. 13-17, 60313 Frankfurt.

Auszüge aus der Satzung des APV und aus dem Urteil des Amtsgerichts Marburg hat die Verbraucherzentrale Hamburg im Internet veröffentlicht: www.vzh.de.

Deutscher Arbeitskreis für Zahnheilkunde (DAZ) e.V.



Pressemeldung

Aktionstag der Vereinten Nationen gegen Armut DAZ plädiert für niedrigschwellige zahnmedizinische Angebote für Menschen mit geringem Einkommen

Köln, den 18.10.2007 - Der Deutsche Arbeitskreis für Zahnheilkunde nimmt den weltweiten Aktionstag der Vereinten Nationen gegen Armut zum Anlass, niedrigschwellige medizinische und zahnmedizinische Prophylaxe- und Therapieangebote zu fordern, die gerade den ärmeren Schichten zugute kommen – auch in Deutschland.

Vorzugspunkt soll der Aktionstag auf die Armut in unterentwickelten Ländern hinweisen. Jedoch gilt der UN-Appell auch einem reichen Land wie unserem. Einkommensschwache Menschen sind in Deutschland nicht nur ein Stück weit abgekoppelt vom Bildungs- und Konsummöglichkeiten, sondern sie haben auch einen erschwerenden Zugang zur gesundheitlichen Versorgung – bei gleichzeitig erhöhter Morbidität.

Was den zahnmedizinischen Bereich anlangt, konnte in den vergangenen Jahrzehnten durch gruppenprophylaktische Betreuung in Kindergärten und Schulen, durch Fluoridierungs- und Versiegelungsmaßnahmen, durch moderne minimalinvasive Behandlungsmethoden usw. die Karies wesentlich zurückgedrängt und der Anteil der Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen mit kariessfreiem Gebiss gesteigert werden. Jedoch profitieren nicht alle von dieser Entwicklung. Nach wie vor hängen sich bei Menschen aus schwierigen sozialen und finanziellen Verhältnissen die Zahnprobleme, die keineswegs als Bagatellen abgetan werden dürfen. Insbesondere bei frühem Auftreten haben Zahnerkrankungen vielfach nachhaltige negative Folgen für das weitere Leben. Beispielsweise belasten und schädigen andauernde Zahnerkrankungen das Immunsystem. Frühe Zahnerkrankungen, auch bei Milchzähnen, beeinträchtigen u.U. die Gehirns- und Sprachentwicklung. Fehlende und schadhafte Zähne im sichtbaren Bereich stören die Ästhetik – mit Folgen für soziale Kontakte und seelisches Wohlbefinden.

Zur Ahlilfe dienen – neben direkter Armutsbekämpfung und Hebung des Bildungsstandes – Ausbau und Weiterentwicklung der zahlreichen schon existierenden oralpräventiven Ansätze. Beispielsweise seien folgende Handlungsfelder genannt:

- Die Gruppenprophylaxe in Kindergärten und Schulen muss weitergeführt statt zurückgefahren, Maßnahmen für Risikogruppen müssen verstärkt werden und insbesondere den Kindern zugute kommen, deren Gesundheit im Elternhaus nicht gefördert wird. Die Einführung des Gesundheitsfonds darf diese Aktivitäten nicht gefährden.
- Prävention und Früherkennung müssen bereits im Säuglings- und Kleinkindalter ansetzen. Der Unterstützung bedürftig insbesondere die Familien, die sich nicht um gesundheitliche Belange kümmern. Wenn derzeit – als Reaktion auf einige spektakuläre Fälle von Kindesmisshandlung und Kindesvernachlässigung – frühe Hilfen für überforderte Familien etabliert werden, sollte die Förderung der Zahn- und Mundgesundheit der Kinder gleich als ein wichtiger Aspekt mit in die Hilfsprogramme integriert werden.
- Nicht nur am Anfang, auch am Ende des Lebens haben einkommensschwache Menschen geringere Chancen auf eine angemessene gesundheitliche Versorgung. Die Unzulänglichkeit der zahnmedizinischen und zahnprophylaktischen Betreuung pflegebedürftiger Menschen ist bekannt, verschiedene Programme zur Verbesserung der Situation sind erprobt. Die Finanzierung über Kranken- und Pflegeversicherungen ist auszuweiten, damit auch weniger betuchte Menschen im Alter von den Hilfen zur Erhaltung der Mundgesundheit profitieren.
- Die Privatisierung aller zahnmedizinischen Leistungen ist abzulehnen, da sich – mangels Härtefallregelung – die ärmeren Schichten in diesem Fall vermutlich nicht einmal mehr eine einfache zahnerhaltende und zahnprothetische Versorgung leisten könnten.

In Deutschland gibt es gute Chancen zur Förderung der Mundgesundheit für alle, ob arm oder reich!

Deutscher Arbeitskreis für Zahnheilkunde (DAZ) e.V.
Ingrid Berger-Orzag
Bellurstr. 9, 50668 Köln, Tel 0221/973005-45, Fax 0221/7391239
daaz.koeln@t-online.de, www.daz-web.de

◀ ◀ ◀ Anmerkung:

Auch wir wundern uns immer wieder, mit welcher Dreistigkeit Notlagen von PatientInnen ausgenutzt werden.

Leider müssen wir feststellen, das JournalistInnen manchmal schlampig recherchieren und so unbedarft Organisationen publizieren, die falsche Hoffnungen wecken oder einfach wenig seriös arbeiten.

So wünschen wir uns ab und an eine etwas kritischere Journaille.



Erblich belastet – Diskriminierung geht viele Wege

Auf Anregung und gemeinsam mit der „Fachstelle pränatale Diagnostik der Beratungsstelle für natürliche Geburt und Elternsein“ zeigten wir am 25.10. den Film: „Erblich belastet“ von Silvia Mathies über das geplante Gendiagnostikgesetz (Der Entwurf ist von 2005). Eine lebhafte Diskussion mit der Filmemacherin schloß sich an.

Dieser Film, 2006 für den BR entstanden, geht von einigen Beispielen aus: Versicherungsschutz für ein betroffenes Kind nach der Diagnose von Mukoviszidose wird rückwirkend gekündigt, ja, sogar den Eltern Betrug unterstellt – Versicherungsschutz wegen der kaum manifesten Thalassaemia minor verweigert – ein Kleinwüchsiger bekommt keine Unfallversicherung.

Die Beispiele führen zu den Fragen, wer wann was über die erblichen Risiken Bescheid wissen darf und muß.

Tendenzen aus den USA, z.B. eine private Krankenversicherung nur unter Vorlage einer Genanalyse abschließen zu können, zwingen „sanft“, nur Kindern mit „guten Genen“ ein Lebensrecht zu gewähren. Zunehmend werden so „schlechte Risiken“ aussortiert. – Eine ökonomische Form der Eugenik – ein Ende der Solidarität?

Wie paßt dies mit dem Antidiskriminierungsgesetz zusammen?

Wie soll man der Aufforderung nach privater Vorsorge nachkommen, wenn die Versicherungen entscheiden können, jemandem diese eigenverantwortliche Vorsorge nicht zu ermöglichen?

Wie, wenn in einer Familienstudie jemand seine Teilnahme verweigert und doch über die Ergebnisse von Angehörigen von seinen familiär erhöhten Risiken Kenntnis erhält?

Was ergibt sich für den Betroffenen selbst aus seinem ungewollten Wissen?

Die gute Hoffnung, die Lust auf neues Leben, das Recht des Menschen auf Nicht-Wissen seines Schicksals, sie fallen der Gewinnmaximierung zum Opfer.

Am 7. November machte der Gesundheitsausschuss des Bundestages eine Anhörung.

Dazu schrieb das Deutsche Ärzteblatt:

„Peter Propping von der Bundesärztekammer bezeichnete es als falsch, sich bei einer gesetzlichen Regelung auf die Gentechnik und damit auf eine bestimmte Untersuchungsmethode zu beschränken: Entscheidend und damit regelungsbedürftig sei der Umgang mit den Ergebnissen von Diagnostiktechniken. Nach Angaben Proppings müssten nach dem Gesetzentwurf genetisch bedingte Krankheiten einer Privatversicherung nicht offenbart werden, eine andere ähnlich gelagerte Krankheit hingegen schon. Vertreter der Krankenkassen plädierten dafür, die Gendiagnostik nur dann zu praktizieren, wenn dies für Patienten einen klinischen Nutzen habe. Die private Krankenversicherung lehnt ein umfassendes Verbot der Verwendung genetischer Untersuchungen vor und nach Abschluss von Versicherungsverträgen hingegen als Eingriff in die Vertragsfreiheit ab. Zudem sei eine gesetzliche Regelung nicht notwendig, da sich die Privatversicherer bis 2011 freiwillig auf einen restriktiven Umgang mit Gentests verpflichtet hätten.“



Silvia Mathies

Unser Reim drauf

Der gläserne Bürger - stets verdächtig

Was, Du bist noch nicht erfaßt?
Gentechnisch nicht angepaßt,
Weil Du auch kein Händi hast,
kaufst noch ohne Payback ein,
Kein KFZ-Zeichen ist Dein?
E-Mail hast Du nicht
Nur ein menschliches Gesicht.

Was wir uns davon nicht erhoffen
dürfen, ist der gläserne Politiker, die
transparente öffentliche Verwaltung,
die Offenlegung von Geldströmen der global players.



Zur Tagung „Nahmobilität und Stadterlebnis“ 29./30.11.2007:

Zu lang, um hier alles zu berichten, nur ein paar Anmerkungen zur Frage, wie Planer auf die Bedürfnisse älterer Menschen eingehen.

Angelka Schlansky, Stadtplanerin aus Bremen, stellte fest, daß trotz der großen Zahl an Stürzen älterer Menschen und deren katastrophalen Folgen keine Statistik verrät, wo die Menschen gestürzt sind. Schlansky untersucht, wie der öffentliche Raum alte Menschen gefährdet. Die täglichen Wege zu Fuß zu bewältigen, hält Menschen nicht nur länger mobil und fit, sondern läßt sie weiterhin selbst handelnder Teil der Gesellschaft sein. Der Wunsch, lang in der eigenen Wohnung zu bleiben, heißt ja auch, lang im vertrauten Viertel zu bleiben, bloß muß man da erst mal hinkommen. Welche Hindernisse begegnen Mobilitätseingeschränkten da?

Mit einer Gruppe aus einem Bremer Seniorenheim machte Frau Schlansky sich auf den Weg und fand nicht nur die Hindernisse, die wir alle kennen,

sondern auch unerwartete: schöne Blumenkübel, die dem Rollstuhl im Weg stehen, hübsche Ranken von begrünten Wänden, die nicht nur Blinden irritierend durchs Gesicht streifen, historisches Pflaster, in dem der Rollator hängenbleibt, unüberwindliche Bordsteinkanten, zur Straße stark geneigte Gehwege, umweltfreundliche Radl, die die letzte Lücke zwischen Gehwegparker und Zaun verengen.

Auch Mütter mit Kinderwagen, pflichtgemäß auf dem Gehweg radelnde Kinder, Reisende mit Gepäck haben ähnliche Ansprüche an den öffentlichen Raum.

Es lohnt sich also, Fläche, Planungsziele und Finanzen dafür zu geben, den öffentlichen Raum für Fußgänger zu optimieren. — Schade nur, dass als Fazit der ganzen Tagung eigentlich herauskam, daß Fußgängerplanung nur Alibi ist. Nah am Tagungsort konnte man besichtigen, wie wieder ein Gehweg mit großem Aufwand zur Parkfläche umgebaut wird. *gpb*

Neu aufgelegte Ratgeber-Broschüre: ABC Gesundheitsreform 2007

Mit der Gesundheitsreform sind auf Patienten, Ärzte und Apotheker wiederum beträchtliche Änderungen zugekommen. Irmgard Winkler, stellvertretende Bundesvorsitzende im BSK (Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter e.V.), gibt in der neu aufgelegten Ratgeberbroschüre zahlreiche Tipps und Ratschläge zu den Neuregelungen in der Gesundheitsreform. Auf 200 Seiten erhält der Leser/die Leserin ausführliche Informationen über Zeitpunkte der Gesetzesänderungen, den Gesundheitsfonds und die künftige Rolle privater Krankenversicherungen. In alphabetischer Form werden im Teil 2 der Broschüre die Begriffe erläutert. Noch besser wäre es, wenn auch die Paragraphen genannt wären, die den Begriffen zugrundeliegen.

Fazit: Sollte an keiner Stelle fehlen, die was mit PatientInnen zu tun hat!!!

Der Ratgeber ist für eine Schutzgebühr in Höhe von € 2,50 (einschließlich Porto und Versand) beim BSK erhältlich.

BSK e.V.,
Postfach 20,
74238 Krautheim.
Tel.: 06294 4281-0.



TERMINE	Zeit	Thema	Veranstalter	Ort	Info/Anmeldung
	31.1. und 29.5., 17 h	Patientenrechte - Ärztepfllichten	Gesundheitsladen	Waltherstr. 16a	Info über 77 25 65, 3.- €
	28.2. und 26.6., 17 h	Gesetzlich versichert - Privat bezahlen	Gesundheitsladen	Waltherstr. 16a	Info über 77 25 65, 3.- €
	24.4. und 31.7., 17 h	Au Backe - worauf muss ich achten, wenn ich zum Zahnarzt gehe?	Gesundheitsladen	Waltherstr. 16a	Info über 77 25 65, 3.- €
	18. 1 - 20. 1.	Wie sozial ist Social Sponsoring?	Evangelische Akademie Tutzing, Friedrich-Ebert-Stiftung	Schloss-Straße 2+4, Tutzing	Tel: 08158-251-125 brosh@ev-akademie-tutzing.de
	20. 1., 11-18 Uhr	Münchner Freiwilligen Messe	Verbund zur Förderung von Bürgerschaftlichem Engagement	Gasteig, München	Tel: 532956-33 info@foebe-muenchen.de
	30. 1- 31. 1.	Wohnen im Alter - Neue Herausforderungen für Pflegeeinrichtungen	Evangelische Akademie Hofgeismar	Gesundbrunnen 8, Hofgeismar	Tel: 05671-881-126 ev.akademie.hofgeismar@ekkw.de
TERMINE	19. 2 - 20. 2.	Das rauchfreie Krankenhaus - planen, umsetzen, leben	Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Bundesvereinigung Prävention und Gesundheitsförderung	Hotel Aquino, Hannoversche Straße 5b, Berlin	Tel: 02102-528345
	22. 2. - 23. 2.	Dementia Fair Congress	Universität Leipzig, Universität Witten	Congress Center Leipzig, Messe Allee 1, Leipzig	Fax: 04221-2987010 www.dfc-online.eu



Kurz- BAGP-Rundbrief 4.07

Daten der Krankenhausqualitätsberichte müssen in der Hand der Patientenorganisationen bleiben!

BAGP unterschreibt Vertrag mit Bertelsmannstiftung nicht

**Pressemitteilung vom Freitag,
30. November 2007**

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der PatientInnenstellen (BAGP) ist eine der vier anerkannten Patientenorganisationen im Gemeinsamen Bundesausschuss. Den Patientenorganisationen im G-BA sollen seit einem Beschluss des G-BA aus 2006 Daten der Krankenhaus-Qualitätsberichte zur eigenen Nutzung zur Verfügung stehen. Die Patientenorganisationen möchten diese Daten so aufbereitet haben, dass sie jeder Bürgerin, jedem Bürger für die Suche nach einem geeigneten Krankenhaus nützlich sind.

Ende 2006 ist die Bertelsmann Stiftung an die Patientenorganisationen herangetreten mit dem Vorschlag, eine entsprechende Datenbank zu entwickeln, die sogenannte „Weisse Liste“. Nach gründlichen Überlegungen hat die BAGP entschieden, den Vertrag über die gemeinsame Nutzung der Daten mit der Bertelsmann Stiftung nicht zu unterschreiben. Das Vertragsangebot sah ausschließliche Nutzungsrechte an den Daten für die Bertels-

mann Stiftung vor. Recherchen über die Bertelsmann Stiftung haben zudem Zweifel ergeben ob diese Stiftung für dieses Projekt der geeignete Partner ist. So fördert die Bertelsmann Stiftung beispielsweise das Centrum für Krankenhausmanagement (CKM), ein deutlich auf Privatisierung und Ranking der Krankenhäuser ausgerichtetes Institut. Es bestehen personelle Verflechtungen zwischen der Bertelsmann Stiftung und einer Klinikgruppe (Röhn-Klinikum GmbH). Die Gemeinnützigkeit der Bertelsmann Stiftung wird immer wieder öffentlich angezweifelt.

Die BAGP hat ein sehr großes Interesse an der unabhängigen, barrierefreien Aufbereitung und Veröffentlichung der Daten aus den Krankenhausberichten. Das ist ein wichtiger erster Schritt um Bürgerinnen und Bürgern die Chance zu geben, die Qualität eines Krankenhauses vor Behandlungsbeginn zu beurteilen.

Die BAGP will die Daten zudem um patientenrelevante Auswahlkriterien erweitern. Hierzu gehören externe Befragung über Patientenzufriedenheit, Beschwerdemöglichkeiten für Patienten und die Dokumentation von Organisationsmängeln und Fehlbehandlungen.

Die BAGP prüft derzeit mehrere Angebote zur Aufarbeitung der Daten und hat sich zum Ziel gesetzt, möglichst gemeinsam mit den anderen im G-BA benann-

ten Patientenorganisationen bis zum Sommer 2008 ein eigenes Portal zu präsentieren. Partner für die Entwicklung einer Datenbank können unabhängige Institute und Organisationen sein, die wissenschaftliche Begleitung durch Hochschulen mit geeigneter Ausrichtung wird angestrebt.

Pressekontakt:

Gregor Bornes

Tel. 0221-328724

Judith Storf

Tel. 0521-133569

Bundesarbeitsgemeinschaft
der PatientInnenstellen
(BAGP)

Waltherstr. 16a
80337 München

TELEFON
089 / 76 75 51 31

FAX
089 / 725 04 74

web:
www.patientenstellen.de
mail@patientenstellen.de

Sprechzeiten:
Di - Do 13 - 14 Uhr
und AB

Treffen der BAGP in München



Dr. Linde* beim
EBM-Vortrag

Nach vielen nord- und westdeutschen Zielen gab es Ende November mal wieder ein Treffen in München. Der Fortbildungsteil beschäftigte sich mit Evidenzbasierter Medizin EBM und ob diese in der Patientenberatung hilfreich sein kann. Die Referenten beschrieben die Schwierigkeit der EBM bei alternativen Heilverfahren. Daraus entwickelte sich eine spannende Diskussion.

BAGP-organisationsrelevant war insbesondere der zweite Tag. Hier wurde u.a. eine Auswertung der Patientenbeteiligung in den verschiedenen Gremien vorgenommen und neue Impulse für die Pressearbeit entwickelt. Weiteres wichtiges Thema war der Aufkündigung der Zusammenarbeit an der Weissen Liste der Bertelsmann Stiftung (siehe Haupttext auf dieser Seite)

* Zentrum für naturheilkundliche Forschung an der TU München





Karl Lauterbach
Der Zweiklassenstaat. Wie die Privilegierten Deutschland ruinieren
 Rowohlt Berlin 2007, 222 S.,
 ISBN 978-3-87134-579-1

Gewisse Skepsis beim Lesen ist nicht zu leugnen, wenn ein profilierter Gesundheitsökonom sich der Frage nach der Gerechtigkeit in der Gesellschaft widmet. Doch Karl Lauterbach deckt auf, wie unsozial und ineffizient unser Staat ist. Unser Bildungs- und Sozialsystem wird von den Privilegierten systematisch ausgenutzt, Verlierer sind die Arbeiter- und Migrantenfamilien; sie haben vergleichsweise schlechtere Chancen. Unser Gesellschaftssystem verursacht soziale Ungerechtigkeit und Massenarbeitslosigkeit. Deutschland ist zum Zweiklassenstaat verkommen, in dem Herkunft mehr zählt als Talent oder Leistung. So sind die Forderungen des Autors zur radikalen Umkehr allzu nachvollziehbar: mehr Bildungschancen für die Ärmsten, gerechte Gesundheits-, Renten- und Pflegesysteme sowie die konsequente Beschneidung der Privilegien, die von Politikern und Lobbys verteidigt werden.

m.g.



Dr. Gunnar Meinecke
Zur White-Collar-Kriminalität im Gesundheitswesen am Beispiel der Zahnmedizin
 Diplomica-Verlag Hamburg 2005
 325 S. plus Anhang,
 ISBN 38324-8558-9

Wer annimmt, mit einer Dissertation von über 300 Seiten schwere Kost vor sich zu haben, liegt erst mal richtig. Bei diesem Buch von Gunnar Meinecke handelt es sich aber um eine richtig unterhaltsame Lektüre, der möglichst breite Leserschaft zu wünschen ist. Sie beschäftigt sich näher mit dem Phänomen einer wohl weit verbreiteten und doch speziellen Form von Kriminalität im Gesundheitswesen, mit der wir in der PatientInnenberatung immer wieder konfrontiert werden, der White-Collar-Kriminalität. Dem Autor gelingt es in seiner Arbeit auf hervorragende Weise das Thema am Beispiel der Zahnärzteschaft zu illustrieren. Ein Unterfangen, das nur möglich ist, wenn man selbst vom Fach ist, wie der gelernte Zahntechniker Meinecke. Er beschreibt Vorgänge, die Versicherte und PatientInnen erschauern lassen dürften, die vor allem aber auch die in der Branche Tätigen aufrütteln könnten. Und genau hier liegt die Stärke des Buches: Eine wissenschaftliche Analyse aus kriminologischer Perspektive ist nicht so leicht vom Tisch zu wischen wie das Betroffenengejammer von zahnmedizinisch Geschädigten.

e.r.



Wernicke/Bultmann (Hrsg.)
Netzwerk der Macht - Bertelsmann
 BdWi Verlag 2007, 2. Aufl., 488 S.,
 ISBN 3-978-3-939864-02-8

Warum ein Buch zu Bertelsmann hier im Rundbrief? Weil Bertelsmann sich mit seiner Stiftung zunehmend im Bereich der Gestaltung des Gesundheitswesens engagiert. Dass solch ein Engagement Skepsis und Kritik auf den Plan ruft, kommt nicht von ungefähr. Die große Zeit der Politikberatung ist voll im Gange, mancherorts wird von Räte- oder Beraterrepublik hierzulande gesprochen. Wussten Sie, dass Hartz IV und die Etablierung von Uni-Rankings auf Befunde von Studien der Bertelsmann Stiftung zurückzuführen sind?

Dieses Buch mit seinen knapp 500 Seiten ist wohl derzeit das Referenzwerk der Kritik an einem Medienkonzern mit seiner Stiftung, die 69 Mio. Euro im Jahr ausschüttet und die Vorreiterin der Politikberatung in Deutschland ist. Doch wo ist das Problem? Politikberatung durch Consultings und Think-Tanks ist doch an sich nichts Böses. Korrekt. Liest man sich aber durch die Kapitel Meinungsmache, Bildung, Arbeit und Soziales und natürlich Gesundheit gehen einem die Augen auf. Es wird gut recherchiert dargestellt, dass ja gerade die subtile Einflussnahme die Kunst der Politikberatung ist. Es erschließt sich einem über die PR-Arbeit und die Ergebnisse der Studien der Bertelsmann Stiftung nicht, was für Ideen und Konzepte hinter den scheinbar unausweichlichen Befunden stehen. So ist dieses Buch ein Muss für jeden kritisch denkenden Menschen.

e.r.



Frank König
Ein Chefarzt klagt an, Von der Profitgier der Klinikbetreiber
 Econ-Verlag 2007, 271 S.
 ISBN 978-3-430-30035-3

Ein reißerischer Titel, ein ebensolches Titelbild lassen nichts Gutes vermuten. Doch etwas genauer hingeschaut entpuppt sich das Buch als mutiges Bekenntnis eines psychotherapeutisch tätigen Arztes, der sich mit einem privaten Betreiber einer Rehaklinik eingelassen hat und so seine Apokalypse erlebt.

Um seiner Karriere einen Kick zu geben, bewirbt er sich von seiner sicheren Oberarztstelle an einer Uni-Klinik auf die Chefarztposition in einer Privatklinik, bei der er sein blaues Wunder erlebt. Dass das Buch zu einer Abrechnung mit dem Klinikbetreiber und seinen Arztkollegen gerät, macht es spannend zu lesen. Ab und an sind die Schilderungen des Autors so unglaublich, dass man sich fragt, ob das Buch ein Arztroman im anderen Sinne ist.

Gewiss ist Herrn König eine gewisse Naivität zu unterstellen, sich auf so einen Jobwechsel einzulassen und so bezahlt er sein Karrierestreben schließlich mit Verlust desselben.

Ein leicht zu lesendes Buch für die Fahrt zur Reha.

e.r.

So bewerten wir:

nix

na ja

geht so

gut

super

